

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 13 (1973)

Artikel: Protestbewegung und politischer Radikalismus : über die Funktion von sozialer Devianz und Stigma im politischen System

Autor: Jost, Hans Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-171841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PROTESTBEWEGUNG UND POLITISCHER RADIKALISMUS

Über die Funktion von sozialer Devianz und Stigma im politischen System

von Hans Ulrich Jost

Dr. phil., Assistent am Historischen Institut, Universität Bern

I. Grundlegung der Theorie

Das 20. Jahrhundert sei ein Zeitalter des Protestes, schreibt Norman F. Cantor¹, und die Protestbewegungen gehörten zu den zentralen Problemen unserer Gesellschaft. Ein summarischer Rückblick auf die Geschichte seit 1900 vermag diese Behauptung teilweise zu bestätigen. Aber auch andere Zeitalter kannten wesentliche Protestbewegungen². Erst im 20. Jahrhundert haben jedoch die Möglichkeiten der Massenkommunikation die Protestbewegungen zu einem gesellschaftspolitisch relevanten und beständigen Moment gemacht.

Zu Beginn des Jahrhunderts wird in der Theorie durch zwei im selben Jahre 1908 erschienene Aufsätze eine neue Grundlage geschaffen: durch Georg Simmels „Streit“³ und Georges Sorels „Réflexions sur la violence“⁴. Simmels Ansatz wurde dann in den 50er Jahren – im Zusammenhang mit der Kritik am amerikanischen Funktionalismus – wieder aufgenommen und zu einer umfassenden Theorie des sozialen Konflikts ausgebaut⁵.

In den sechziger Jahren erhielt diese allgemeine Theorie aus zwei speziellen Bereichen wichtige Erweiterungen.

1. Die Untersuchungen im Gebiete der Sozialisation – d. h. der Eingliederung und Kontrolle des Individuums in der Gesellschaft – überschnitten sich mit der allgemeinen Konflikttheorie.⁶. Die Normen und Sanktionen, die zur Integration in die Gesellschaft verhelfen sollen, erhellen gerade bei abweichendem Verhalten wichtige Bezüge von Individuum, Gruppe und Gesellschaft. Die Probleme der Abweichung haben besonders bei der jugendlichen Protestbewegung grössere Bedeutung.

2. Der psychologische Ansatz der Rollentheorie brachte neue Aspekte für die Erfassung der Abweichung. Identität und Rollenverständnis des Einzelnen sind

1 Norman F. Cantor, *The Age of Protest. Dissent and Rebellion in the Twentieth Century*, London 1970.

2 Vgl. Eric J. Hobsbawm, *Sozialrebellen. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Neuwied 1962.

3 Georg Simmel, „Der Streit“, in: *Soziologie*, Leipzig 1908.

4 Georges Sorel, *Réflexions sur la violence*, Paris 1908.

5 Lewis A. Coser, *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied 1972.

6 Albert K. Cohen, *Abweichung und Kontrolle*, München 1968. – Über die Funktion von Sozialisation und Identität im politischen System vgl. Wolf-Dieter Narr, *Theoriebegriffe und Systemtheorie*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 141–155.

in starkem Massse gesellschaftsbedingt. Auch beim abweichenden Verhalten muss ein entsprechendes Rollenverständnis und eine adäquate Identität vorausgesetzt werden. Erving Goffman⁷ versuchte zu zeigen, dass abweichende Rollen und Identität weitgehend von der Gesellschaft zugeschrieben und bestimmt werden können. Er verglich diesen Prozess in übertragenem Sinne mit „Stigmatisierung“.

Soziale Devianz

Ausgehend von der generellen Umschreibung unseres Jahrhunderts als eines Zeitalters des Protestes will ich nun versuchen, die Bedingungen der radikalen Protestbewegungen unter dem konflikttheoretischen Aspekt und jenem der Abweichung (soziale Devianz) zu erfassen.

Es ist offensichtlich, dass ein Grossteil der Protestbewegungen des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts im Rahmen der politischen Emanzipation der sogenannten Linken aufgetreten ist. Es wäre jedoch falsch, die Protestbewegungen ausschliesslich im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung zu sehen. Gerade jene Strömungen, die wir als radikale Protestbewegungen verstehen, sind dadurch gekennzeichnet, dass ihre Repräsentanten weder ausschliesslich aus dem Arbeitermilieu stammen, noch vorbehaltlos der politischen und kulturellen Zielsetzung der Arbeiterbewegung verpflichtet sind. Sie stehen eher im Bereich des individuellen Anarchismus⁸. Eine eindeutige Trennung zwischen Arbeiterbewegung und Sozialrebellen ist jedoch nur selten möglich.

Es war bisher von Protestbewegungen, Sozialrebellen und Abweichung die Rede – alles allgemeine, aber unscharfe Umschreibungen für einen speziellen Aspekt des sozialen Konflikts. Mit präzisen Definitionen ist aber, vor allem im Hinblick auf konkrete historische Situationen, wenig geholfen.

Trotzdem möchte ich jene Form der sozio-politischen Abweichung, wie sie in radikalen Protestbewegungen oder bei Sozialrebellen anzutreffen ist, allgemein als soziale Devianz bezeichnen.

Man darf wohl annehmen, dass soziale Devianz in jeder Gesellschaft vorzufinden ist⁹. Es gibt immer Individuen, die sich unverhältnismässig stark abweichend verhalten oder von der Gesellschaft als stark abweichend empfunden werden. Art und Weise der Kontrolle oder der Bewältigung der sozialen Devianz sind jedoch entsprechend den gesellschaftlichen Situationen verschieden. Mehr oder weniger isolierte Subkulturen oder relativ abweichende, aber gesellschaftlich noch anerkannte Beschäftigungen funktionieren als Bezugsgruppen zur

7 Erving Goffman, *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt a. M. 1967.

8 Cantor, *op. cit.*, S. 325: „Although most twentieth-century protest movements have professed, in one way or another, the liberation of the working class and the poor or at least amelioration of their conditions, in fact they have rarely been led by workers. Protest is a middle-class phenomenon.“

9 Vgl. Cohen, *op. cit.*, S. 11f.

Bewältigung der sozialen Devianz. Der Solddienst des Spätmittelalters und der Neuzeit hat häufig sozial deviante Elemente zu absorbieren vermocht. Gleichzeitig zeigt uns dieses Beispiel aber auch die Kehrseite dieser sozialen Kontrolle: die staatliche Autorität und einzelne gesellschaftliche Normen wurden oft in grossem Masse verunsichert.

II. Sozialer Konflikt und Devianz

Die bisherigen Ausführungen berühren jedoch noch nicht den Hauptbereich unseres Interesses, da sie ja nicht spezifisch politisch sind und zudem vor allem die positiv-funktionale Bewältigung der sozialen Devianz beschreiben. Demgegenüber stellt sich die Frage nach den Bedingungen der sozio-politischen Devianz im Rahmen der Protestbewegungen der neusten Zeit.

In grösseren gesellschaftlichen Krisen gewinnen die sozialen Konflikte, die als positive Funktion zwecks Abgrenzung und Integrierung von Interessengruppen immer eine wesentliche Rolle spielen, noch vermehrt an Bedeutung. Es kommt zu einer ausgeprägten Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte, zu intensiverer politischer Kommunikation und zu stärker abgegrenzten und durchgebildeten Ideologien. Oft stehen solche Krisen im Zusammenhang mit grösserem sozialen Wandel und intensiverer gesellschaftlicher Mobilität¹⁰. Diese Bedingungen sind jedoch nicht monokausal, sondern nur als mitbestimmende Faktoren im politischen System zu verstehen.

Soziale Krisen lassen eine Sozialkritik entstehen, die bei einzelnen Gruppen der Gesellschaft Unsicherheit in der Normenmotivation und Zweifel an den Zielvorstellungen verursachen. Die damit zusammenhängende Verpolitisierung des gesellschaftlichen Lebens vermag die soziale Devianz inhaltlich zu bestimmen. Was zuvor nur individuelle Abweichung in apolitischer Form war, kann zu einer spezifisch sozio-politischen Devianz werden. Die Vermittlung des politischen Gehalts erfolgt meist über die Bezugsgruppe einer Subkultur, in der die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse in intensiver, aber entfremdeter und übersteigerter Form gelebt und erlebt werden.

Lewis A. Coser hatte versucht, den sozialen Konflikt als positiv-funktional und als Mittel zur Integration verständlich zu machen. Wann der Konflikt dysfunktional und desintegrierend wird, dürfte ebensoschwer bestimmbar sein wie die Grenze zwischen Protestbewegung und radikaler sozialer Devianz. In der politischen Praxis, in der die herrschenden Mächte weitgehend diese Abgrenzung festlegen, wird natürlich das Anomische dem Konfliktpartner sehr rasch zuge-

10 Sozialkritik, sozialer Konflikt und Protestbewegung sind eng miteinander verbunden. Diese wiederum sind von gewissen gesellschaftlichen Bedingungen abhängig. „In general, it is the case that the most vigorous social criticism is to be found during periods of rapid social change when movements of political protest also flourish.“ T. B. Bottomore, *Critics of Society. Radical Thought in North America*, London 1967, S. 84, vgl. auch S. 17. Vgl. Herbert A. Bloch/Melvin Prince, *Sozial Crisis and Deviance. Theoretical Foundations*, New York 1967, S. 29ff.

schrieben. Für die historische und soziologische Beurteilung sollten jedoch funktional neutralere Kriterien gefunden werden.

Robert Merton¹¹ umschreibt in seiner Typologie der Arten individueller Anpassung einen solchen ausgesprochen funktionalen Ansatz. Mertons Kategorien haben den Vorteil, dass sie sich im Prinzip auch auf die Theorien anderer Autoren übertragen lassen. Bei Merton ist die am extremsten anpassungsunfähige, also am stärksten devante Gruppe jene, die gleichzeitig sowohl die *kulturellen Ziele* wie auch die *institutionalisierten Mittel* der Gesellschaft grundsätzlich ablehnt.

Ähnliche Kriterien ergeben sich bei der Analyse von Ziel und Taktik der Arbeiterbewegung. Man kann dabei zwischen systemimmanen und systemüberwindenden Aktionen sprechen.¹² Letztere – in der extremen Form des Maximalismus – fallen in den Bereich der sozialen Devianz. In diesem Zusammenhang ist die Grenze zu beachten, die Revolutionäre von Sozialrebellen trennt (auch wenn beide in der Praxis oft zusammengehen): Revolutionäre stützen sich auf einen gewissen breiteren Konsens und akzeptieren teilweise auch institutionalisierte Mittel (z. B. Armee, Parlament). Sozialrebellen hingegen verweigern selbst die Anerkennung der Legitimität institutionalisierter Mittel. Die Art des Verhältnisses zur Realität trennt revolutionäre Taktik von sozialer Devianz – sozial devante Gruppen erkennen meist die Realität oder berücksichtigen sie bewusst überhaupt nicht.

Von den zahlreichen möglichen Differenzierungen des abweichenden Verhaltens sei hier noch eine Form erwähnt, die im Grenzbereich der radikalen sozialen Devianz angesiedelt ist. Beim *nonkonformen* Verhalten werden die institutionalisierten Mittel grundsätzlich, nicht aber alle kulturellen Werte abgelehnt. Ein umgekehrtes Verhältnis gilt oft für intellektuelle Nonkonformisten oder Nihilisten. Diese lehnen zwar die kulturellen Werte grundsätzlich ab, vermögen sich aber nicht vom normativen Kontext ihres Milieus und dessen institutionalisierten Mitteln zu lösen.

Soziale Devianz ist nicht nur Funktion oder strukturelles Element bestimmter sozialer Situationen; sie ist mehr noch Resultat und Symptom gewisser sozialer Entwicklungen. Die Funktion der sozialen Devianz kommt gerade erst unter dem dynamischen Aspekt voll zu Geltung.

III. Der Prozess der Stigmatisierung

Die generellen Zielvorstellungen der Gesellschaft sind den kulturellen Werten subsumiert. Zur Erreichung dieser Werte wird eine Reihe von institutionalisierten Mitteln zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden im Sozialisationsprozess angelehrt und vom Einzelnen internalisiert. Dieser Prozess wird mit Hilfe

11 Robert K. Merton, *Social Theory and Social Structure*, Glencoe 1957.

12 Lelio Basso, *Zur Theorie des politischen Konflikts*, Frankfurt a. M. 1969, S. 34ff.

zahlreicher positiver und negativer Sanktionen beschleunigt und ausgerichtet. Diese Verhaltenssteuerungen sind z. B. in Bezug auf unsere Leistungsgesellschaft recht klar ersichtlich. Weniger offensichtlich hingegen sind jene Funktionen, die die komplexe Rollenidentität des Einzelnen und der Gruppe bestimmen. Es geht hier um jene generellen kulturellen Werte, die verstehend-affirmativ erfüllt und adäquat in jeder Situation angewendet werden sollten. Denn die Integration wird nicht allein durch ein einmal erbrachtes Leistungsmuster garantiert. Es braucht dazu vielmehr eine durch Internalisierung der generellen Werte entwickelte und gesicherte Rollenidentität.

In der Gesellschaft gibt es nun aber immer Gruppen, deren volle Integration stark erschwert ist, weil ihnen insbesondere der Zugang zu den institutionalisierten Mitteln verweigert wird. Ein typisches Beispiel erleben wir noch heute im Bildungssektor. Die hohe Bildung ist noch immer eine wesentliche Zielvorstellung unserer Gesellschaft. Der Zugang wird jedoch einem grossen Teil der Bevölkerung verweigert. Die Bereitstellung der materiellen Mittel (Stipendien) hat nur wenig geholfen, da die wesentlichen kognitiven Mittel, sowie die bestimmenden Motivationen, schichtspezifisch gebunden sind.

Solche Dissonanzen – die Forderung nach Anerkennung der kulturellen Ziele bei gleichzeitiger Verweigerung der institutionalisierten Mittel – sind geeignet, den Prozess der sozialen Devianz zu fördern.¹³ Jenen Gruppen, die die generell propagierten Werte nicht zu erreichen vermögen, muss eine Erklärung ihres Versagens und eine funktionale Stellung, welche im politischen oder gesellschaftlichen System den anomischen Konflikt verhindern soll, gegeben werden. Es wird ihnen deshalb eine Rollenidentität zugeschrieben, in welcher die gesellschaftlichen Bedingungen der Rolle oft verschleiert sind. So wird beispielsweise Armut aus dem sozialen Kontext herausgehoben und als individuell-persönliches Versagen erklärt. Das individuelle Versagen wird dann mit ethischen und moralischen Urteilen stigmatisiert. Damit wird verhindert, dass der Unfähige und Unterprivilegierte die Ursache seiner unbefriedigenden gesellschaftlichen Position im überindividuellen sozialen Kontext sucht.

Die Tendenz zur sozialen Devianz wird in ähnlicher Weise gesamtgesellschaftlich beeinflusst. Die ständige Hervorhebung und Bestätigung einer abweichenden Attitüde drängt den tendenziell Devianten dazu, seine Rollenidentität immer stärker in der Devianz zu suchen. Die negativ sanktionierten devianten Werte werden schliesslich nicht nur internalisiert, sondern im Selbstverständnis des Devianten positiv gewertet. Jugendliche Banden und kriminelle Subkulturen geben uns davon ein deutliches Beispiel.

13 Vgl. Bloch/Prince, S. 135ff.; Cohen, *op. cit.*, S. 185ff. – Ähnliche Überlegungen werden auch bei der Diskussion über die Grundlagen des stabilen politischen Systems vorgebracht: „Alle politischen Systeme müssen fähig sein, Werte für eine Gesellschaft zu verteilen und sie müssen zugleich in der Lage sein, die meisten Mitglieder der Gesellschaft dazu zu bewegen, diese Verteilungsentscheidungen als verpflichtend hinzunehmen.“ Zit. in: Narr, *op. cit.*, S. 128.

Diese Internalisierung und Umpolung der Werte ist für den sozial Devianten oft die einzige Chance, zu einem annehmbaren und positiven Selbstverständnis und einer entsprechenden Rollenidentität zu kommen. Er stellt sich aber damit in den äussersten Bereich der sozialen Devianz.¹⁴ Der Prozess der Zuschreibung und bestätigenden Verstärkung der Abweichung kann als Stigmatisierung bezeichnet werden. Art und Grad der Stigmatisierung ist gesellschaftlich bedingt. Die Variationen der Einstufung, wie sie im Laufe der Zeit im psychiatrischen Bereich vorgenommen worden sind, können als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Uns interessiert jedoch der weniger bekannte politische Aspekt der Stigmatisierung.

IV. Die Funktion von sozial devianten Randgruppen im politischen System

Die bisher angeführten Bedingungen gelten auch im sozio-politischen System. In Zeiten sozialer Krisen treten soziale Devianz und Stigmatisierung verstärkt auf. Stigmatisierung ist ein Teil der extremen Formen des politischen Konflikts. Zwei Voraussetzungen müssen dabei beachtet werden: 1. Als Basis der Sozialkritik besteht eine breite oppositionelle Bewegung oder ein diffuses gesellschaftskritisches Malaise. 2. Gewisse allgemeine kulturelle Werte sind offensichtlich in Frage gestellt, wodurch die Schicht der sozio-politischen Machtelite verunsichert wird.

Die Stigmatisierung erfüllt im politischen Konflikt eine den etablierten Parteien oder herrschenden Machteliten nützliche Funktion. Sie ermöglicht es, der Opposition die Legalität ihrer politischen Zielvorstellungen und taktischen Mittel abzusprechen. Die Opposition kann solcherart gespalten und geschwächt werden. Ihre moralischen Argumente werden gleichzeitig entwertet und ihr taktisches Vorgehen dem Verdacht des Kriminellen ausgesetzt.¹⁵

Die Stigmatisierung der Opposition erfolgt zuerst über politisch deviante Marginalgruppen. In Zeiten sozio-politischer Krisen entwickeln Gruppen, deren Devianz vorerst nur individueller, anarchistischer oder kulturell nonkonformer Art war, vermehrt politische Aktivität. Ihre Interaktion entspricht dem allge-

14 „Sozial Abweichende tragen ihre Weigerung, ihren Platz zu akzeptieren, zur Schau und werden in dieser Gegenrebellion zeitweilig toleriert, wofür sie sich nur innerhalb der ökologischen Grenzen ihrer Gemeinschaft hält.“ Goffman, *op. cit.*, S. 177. – Der Rebell kann bei Annahme seiner Rollenzuschreibung so weit gehen, dass er die Sanktionen der Gesellschaft nicht nur bewusst in Kauf, sondern sogar vorweg nimmt. Er geht gewissermassen in die freiwillige Isolation. Vgl. Jean-Pierre Junker, *Entfremdung von der Rolle. Ein Nachtrag zu Goffmans Konzept der Rollendistanz*, Bern 1971 (= Berner Beiträge zur Soziologie 14), S. 78f.

15 Dieser Prozess wurde im Zusammenhang mit den Studentenunruhen von 1968 verschiedentlich deutlich. Die studentische Linke habe begonnen, „die (ihr zugeschriebene) Abnormitätskette nicht nur hämisch zurückzureichen, sondern dankbar für sich in Anspruch zu nehmen . . .“ Karl Markus Michel, „Wer wann warum politisch wird – und wozu. Ein Beispiel für die Unwissenheit der Wissenschaft“, *Kursbuch 25*, Berlin 1971, S. 12.

meinen gesellschaftlichen Kommunikationsmuster. Dennoch vermögen deviante Marginalgruppen im politischen System weder Macht noch Einfluss zu gewinnen. Sie sind meist dermassen isoliert, dass sie kaum wirksam dysfunktional in Erscheinung treten. Ihre stark deviante Rollenidentität ist ja gerade durch diese schwach integrierte Stellung bedingt. Ihre Gruppenidentität ist dadurch gestärkt und ihre Abgrenzung zur Gesellschaft besser gesichert.¹⁶

Im politischen Kampf während sozialer Krisen ist die Möglichkeit gross, dass politisch aktive Marginalgruppen mit vereinzelten extremen und negativ bewerteten Zielvorstellungen identifiziert werden. Die Gruppe beginnt sich, wegen ihrer allgemein devianten Stellung, mit der ihr zugeschriebenen Rolle zu identifizieren. In einem zweiten Schritt – und erst damit kommen wir zum Wesentlichen des gesamten Prozesses – wird die breitere Opposition mit dem Negativen der von ihr bisher tolerierten Marginalgruppe stigmatisiert. Entweder distanziert sich die Opposition mit aller Entschiedenheit von ihren Randgruppen¹⁷, was innere Auseinandersetzung und Schwäche zur Folge hat, oder sie behält ihre Funktion als Sammelbecken der gesellschaftlichen Opposition bei und muss dabei eine stark diskriminierende Stigmatisierung in Kauf nehmen. Im ersten Fall – bei Distanzierung – dokumentiert die Opposition ihre Bereitschaft, die im politischen System herrschenden Spielregeln zu übernehmen. Sie übernimmt dadurch einen ihr zugeschriebenen Platz, der durch Innendifferenzierung solcherart gestaltet ist, dass die oppositionelle Aktivität funktional positiv integriert werden kann. Im zweiten Fall – bei Tolerierung der devianten Marginalgruppen – wird die Opposition dermassen mit dem Odium des Illegalen gekennzeichnet, dass ihre politische Funktion ständig verketzt und durch institutionalisierte Repressionen gestört werden kann. In beiden Fällen wird ihr Handlungsspielraum entscheidend eingeschränkt.¹⁸

Das repressive Vorgehen gegen deviante Marginalgruppen hat in diesem Falle nur den Sinn, den ideologischen Kontext der Opposition zu kriminalisieren. Der Kampf richtet sich also nicht allein gegen die vermeintlich staatsgefährdende Aktivität der sozial devianten Marginalgruppen. Durch Aufweisen staatsgefähr-

16 Dies gilt nicht nur für sozial deviante Gruppen, sondern ist allgemeine Charakteristik des Verhältnisses Gruppe-Gesellschaft. Vgl. Coser, *op. cit.*, S. 101ff.

17 Dieser Distanzierung entspringt die Tendenz zu Intoleranz gegen Innen, die eine Gruppe angesichts eines manifesten sozialen Konfliktes zu entwickeln gezwungen ist. Vgl. Coser, *op. cit.*, S. 112ff.

18 Was Cohen bei der Beziehung Individuum-Gesellschaft festhält, scheint uns auch im politischen Bereich zwischen Opposition-Machtelite gültig: „In dem Masse, in dem diese Definition (Stigma, Verketzerung) Teil seiner öffentlichen Identität wird, kann sich das Verhalten der für ihn relevanten Öffentlichkeit dahingehend verändern, dass er nicht mehr über denselben Handlungsspielraum wie vorher verfügt. Möglicherweise erhält er gar keine Gelegenheit mehr, die ihm jetzt zugeschriebene Rolle in Frage zu stellen, oder seine Rollenausübung, die zuvor über jeden Verdacht erhoben war, wird nun plötzlich einer strengen Kritik unterzogen. Im gleichen Masse, in dem der Handlungsspielraum sich derart verengt oder legitime Handlungsalternativen immer kostspieliger werden, wird der Handelnde unter Umständen in ein Verhalten gedrängt, das mit der Rolle der stigmatisierten Person vereinbar ist.“ Cohen, *op. cit.*, S. 180.

licher und krimineller Aktivität bei Randgruppen wird vielmehr versucht, die gesamte Opposition zu verunsichern. Die Machtelite des bestehenden politischen Systems findet dabei gleichzeitig eine bessere Legitimation für ihre eigene, durch die soziale Krise verunsicherte Haltung.

Die Funktion all dieser Prozesse dient im wesentlichen dazu, die Opposition positiv-funktional ins politische System zu integrieren. Bei gleichzeitiger geschickter Innendifferenzierung ist es dadurch möglich, die dem politischen System zugrunde liegende Machtstruktur stabil zu erhalten.

Sozialrebellen und politisch devianter Radikalismus – zum grossen Teil als Symptome sozio-politischer Krisen zu verstehen – werden zu Zielobjekten der institutionalisierten Repression, weil dadurch auch die breitere Opposition getroffen wird. Solange die Machtelite und die herrschenden Institutionen dabei eine einigermassen tragfähige gesellschaftliche Basis nicht verlieren, ist es möglich, das politische System in seiner bestehenden Machtstruktur aufrecht zu erhalten, einen grösseren Teil der Opposition zu integrieren und vermeintlich dysfunktionale Innovation im Getto stigmatisierter Marginalgruppen zu neutralisieren.

Eine funktionale Analyse geht aber immer von einer unausgesprochenen Voraussetzung aus: dass das bestehende politische System in seinen grundlegenden sozio-kulturellen Wertvorstellungen richtig und allgemein gültig sei. Deshalb ist die Festlegung der sozialen Devianz und die Beurteilung des sozialen Konflikts das Resultat der politischen, sozialen und kulturellen Werte und Normen, die selber wieder im wesentlichen durch die herrschende Schicht und die mächtigsten Interessengruppen bestimmt werden.

V. Die politische Linke im 19. und 20. Jahrhundert

Zur Ergänzung der theoretischen Ausführungen seien einige Beispiele angeführt. Diese historischen Exkurse können an dieser Stelle nicht ausführlich dargelegt werden. Wir müssen uns auf stichwortartige Hinweise beschränken.

Die Verfolgung und Verurteilung des „Kommunisten“ Wilhelm Weitling¹⁹ in der Schweiz lässt erkennen, welche Rolle soziale Devianz und Stigmatisierung in der Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Liberalen spielten. Weitling war für die konservative Zürcher Regierung gewiss nicht dermassen gefährlich, dass sich der spektakuläre Prozess und die umfangreiche Anklageschrift gerechtfertigt hätten. Aber dem Führer der Zürcher Regierung, Bluntschli, ging es nicht primär um Weitling, der im sozio-politischen Feld der Schweiz nur am Rande zu wirken vermochte. Bluntschli versuchte vielmehr, die Liberalen und Radikalen zu verketzern, ihre Druckerei – es war jene von Julius Froebel, mit dem Weitling in Kontakt gestanden hatte – zu stören und letztlich jene Tendenz zur

¹⁹ Vgl. Erich Gruner, *Der Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert*, Bern 1968, S. 165, 290ff.

„rosaroten“ Republik, die im Lager der Radikalen in sich abzuzeichnen begann, abzuwürgen. Durch Bluntschlis Vorgehen wurden Weitling und sein Kommunismus kriminalisiert.²⁰ Die Liberalen und Radikalen wurden genötigt, sich gegen die frühsozialistischen Strömungen abzugrenzen. Günstig war dabei auch, dass man das frühsozialistische Gedankengut durch die Verfolgung Weitlings als ausländisch und unschweizerisch diskriminieren konnte. Wenn auch die Konservativen die politische Macht nicht zu halten vermochten, so hatten sie doch bewirkt, dass im politischen System die radikal-sozialistische Strömung durch eine gewisse Konvergenz und Integration der Liberalen, Radikalen und Konservativen politisch entschärft und isoliert wurde.

Im Grunde ähnlich, aber in differenzierterer Weise, entwickelte sich das Verhältnis der schweizerischen Sozialdemokratie zu Staat und Gesellschaft. Die 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) stand einem relativ fest strukturierten und gut differenzierten politischen System gegenüber. Die Verfassungsrevision von 1874 und die Gesetzgebung der folgenden Jahre hatten den Boden zu einem vom Freisinn und Besitzbürgertum beherrschten „Exekutivstaat“ geschaffen. Durch Innendifferenzierung war das politische System flexibel und stabil gestaltet worden.²¹ Das Referendum erlaubte zwar der Opposition eine bessere Beteiligung am politischen System, aber nur solcherart, dass für einen entscheidenden plebisitären Durchbruch kaum eine Chance bestand. Dies war vor allem deshalb möglich, weil durch eine relative, aber noch nicht dysfunktionale Isolation der SPS jede grössere Aktion verwehrt war.²² Gleichzeitig wurde die katholisch-konservative Opposition durch freiwilligen Einbezug in die Exekutive (Abtretung eines Sitzes im Bundesrat, 1891) vom oppositionellen Lager abgespalten und darauf langsam zu freisinn-konformer Mitarbeit integriert.

Der Sozialdemokratie gegenüber bestand jedoch der entschiedene Wille, jeden Zugang zur Macht oder selbst nur zu einigermassen wirkungsvoller Mitbestim-

20 So in den Schlussfolgerungen: „Die Kommission hat nunmehr das Prinzip des Kommunismus und die verderblichen Tendenzen desselben kurz charakterisiert. Auch die Mittel, deren sich die Kommunisten bedienen wollten, ihre Vereine, ihre persönlichen Verbindungen, ihre mündliche und schriftliche Propaganda, ihre *verbrecherischen* Pläne wurden bezeichnet.“ *J. J. Treichler*, indirekt durch diese Stigmatisierung betroffen, leitete denn auch seine politischen Grundsätze ein mit: „Seit einiger Zeit werden eine Masse der *abenteuerlichsten Verleumdungen* über das herumgeboten, was wir eigentlich wollen.“ Vgl. (J. C. Bluntschli), *Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren*, Zürich 1843, S. 123, und: *J. J. Treichler*, „Politische Grundsätze“, *Allgemeines Not- und Hülfs-Blatt*, No. 9, 26. Februar 1846.

21 Vgl. dazu das Kapitel „Differenzierung der gesellschaftlichen Interessenstruktur“ in: Leonhard Neidhart, *Plebisit und pluralitäre Demokratie*, Bern 1970, S. 123–138.

22 Diese Funktion des Referendums haben auch Zeitgenossen deutlich erkannt. Anlässlich des Referendumsversuchs der SPS gegen die Einsetzung eines ständigen Bundesanwaltes (1889) – in dem man zu Recht den Anfang einer auch gegen Schweizer gerichteten politischen Polizei vermutete – bemerkte der deutsche Gesandte in Bern, von Bülow, eine Volksabstimmung würde es erlauben, „die Schwäche der Sozialdemokratischen Partei zu zeigen und sie weiter von den ihr bisher nahestehenden Radikalen und so in die Isolation zu treiben“. Zit. in: Hansjörg Renk, *Bismarcks Konflikt mit der Schweiz*, Basel/Stuttgart 1972 (= Basler Beitr. z. Geschichtswiss. 125), S. 297.

mung zu verhindern. Obwohl sich die SPS selbst als demokratische Volkspartei verstand, wurde sie als revolutionäre Gruppe bekämpft.²³ Diese politische Einstufung und Wertung hatte sich schon Jahre zuvor angebahnt. In den Jahren 1869–1871 kam das kritisch-ablehnende Verhältnis zum Sozialismus schon zur Geltung. Anlass gaben die ersten Streiks, der Kongress der Internationale in Basel und die Pariser Kommune von 1871.²⁴ In der Interpretation dieser Ereignisse zeigte sich die Tendenz, die extremen Randerscheinungen als für den Sozialismus repräsentativ hinzustellen.

Entscheidender wurde dann die Phase der achtziger und neunziger Jahre, die durch die Ausstrukturierung und Machtstabilisierung des politischen Systems gekennzeichnet ist. Die herrschende politische Ideologie wurde durch Elemente geprägt, die ihre Entstehung den Ereignissen von 1870/71 verdanken. Der aussenpolitische Machtwechsel bewirkte eine geistige (und auch wirtschaftliche) Umorientierung der schweizerischen bürgerlichen Elite auf das neue autoritäre und antidemokratische Deutsche Reich.²⁵ Dies hatte auch seine Folgen im sozialpolitischen Feld: Die deutsche Sozialistenfrage und -Verfolgung wurden vermehrt zu einem schweizerischen Politikum. Damit übertrug sich die schon angebahnte Identifizierung von Anarchismus und Sozialismus – eine gängige Formel in der Repression während den Sozialistengesetzen Bismarcks – auf die schweizerische Politik. Hier wird die Funktion der Stigmatisierung recht deutlich: stark deviante anarchistische Aktivitäten erlaubten eine die Sozialdemokraten stigmatisierende Rollenzuschreibung. Es ist denn auch nicht verwunderlich, dass die partiinternen Konflikte der ersten dreissig Jahre in starkem Masse durch diese Thematik geprägt wurden.

Diese Verhältnisse fanden im politischen System ihre funktionalen Entsprechungen. Das Referendum erwies sich weniger als eine Erweiterung der demokratischen Rechte, denn als ein Mittel zur positiv-funktionalen Bindung der sozialdemokratischen Opposition. Der Verweis auf dieses „legale“ Recht bei gleichzeitiger schärfster Verurteilung anderer Machtmittel (wie Streiks) musste deshalb als zynisch erscheinen. Dies um so mehr, als sich das gleichzeitig herausbildende Vernehmlassungsverfahren – das als positiv und legal galt – den wirtschaftlichen Interessengruppen eine ungleich grössere Einflussmöglichkeit gab.²⁶ Die Umfunktionierung des Referendums konnte aber nur geschehen, weil durch stigmatisierende Rollenzuschreibung der Handlungsspielraum der Sozial-

23 Typisch war dafür der Abstimmungskampf um die sozialdemokratische Initiative „Recht auf Arbeit“ von 1893.

24 Vgl. Heinrich Roth, *Die politische Presse der Schweiz um 1871 und ihre Haltung gegenüber der Pariser Commune*, Diss. Bern 1956, S. 136ff.

25 Vgl. Erich Gruner, „La Suisse et le tournant historique de 1870–1871“, *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, tome XIX, avril–juin 1972, S. 239ff.

26 „Dass man die als extrakonstitutionell erlebte Opposition auf den für sie doch erfolglosen Weg der direkten Demokratie verweist, muss aber für die Betroffenen um so heuchlerischer wirken, als zum Beispiel der Interessenwahrung von Kartellen kein Widerstand entgegengesetzt wird, bloss weil sie die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht so sichtbar stören wie der gewerkschaftliche Streik.“ Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1969, S. 131.

demokratie derart eingeschränkt wurde, dass ein wirksamer plebiszitärer Entscheidungseingriff kaum zu erwarten war. Die Sozialdemokratie wurde damit zu einer funktionalen Opposition, die keine anomische Wirkung haben konnte und auch die Machtstruktur nicht zu gefährden vermochte. Durch das Majorzsystem wurde die Rolle nur noch verstärkt.

Der Landesstreik von 1918 bringt – konflikttheoretisch betrachtet – einige weitere interessante Aspekte. Der Weltkrieg und die damit zusammenhängende gesellschaftliche Krise schufen jene Rahmenbedingungen, die eine heftige Sozialkritik einerseits und politische Devianz anderseits begünstigten. Auch im politischen Bereich lässt sich ein entsprechender Wandel feststellen. Die Sozialdemokratie als integrierte Massenpartei hatte sich trotz allen Widerständen und Innendifferenzierung in machtpolitisch bescheidenem Masse emanzipiert. Gleichzeitig wurde in einem dritten Anlauf das Majorzsystem abgeschafft und Proporzwahlen standen bevor. Für die machtspezifische Stabilität musste sich dies in funktionaler Hinsicht nicht unbedingt nachteilig auswirken. Wichtig wurde allein, dass der zu erwartende Machtzuwachs der SPS in Grenzen gehalten und kontrolliert werden konnte.

In diesem Zusammenhang hatte der Landesstreik seine nützlichen Seiten. Indem man ihn als „bolschewistischen“ Revolutionsversuch charakterisierte, war es möglich, den Machtzuwachs der Sozialdemokratie einzudämmen. Der beinahe gesellschaftsfähig gewordenen SPS konnte wieder ein Stigma zugeschrieben werden. Man ging in dieser Hinsicht bekanntlich soweit, dass auch die Grippeopfer während der Mobilisation den Sozialdemokraten angelastet wurden.²⁷ Die den Sozialdemokraten nach dem Landesstreik zugeschriebene Rolle trat dermassen fest ins Bewusstsein des Schweizervolkes, dass auch die Geschichtsschreibung fünfzig Jahre lang die mehr als tendenziöse Interpretation des Landesstreiks übernommen hatte.

Die Vorgeschichte des Landesstreiks ist hinsichtlich der Funktion devianter Marginalgruppen interessant. Schon Jahre zuvor hatte es nie an Hinweisen und moralischen Ermahnungen an die Sozialdemokratie gefehlt, in denen die anarchistische Gefahr heraufbeschworen wurde.²⁸ Die Jungburschen, die Mitglieder der Jugendorganisation der Partei, die immer gewisse Neigungen zum Anarchismus zeigten, dienten als Zielobjekt der bürgerlichen Polemik.²⁹ Der militante Antimilitarismus und die Aufnahme von Mädchen in die Bewegung gaben Anlass für den Vorwurf, die wichtigsten Werte der Gesellschaft würden grössttartig verletzt. Kritik und Sanktionen bewirkten hingegen nur, dass einzelne Jungburschen das zugeschriebene deviante Rollenverhalten zusehends internalisierten.

27 Vgl. Der Landesstreik vom 11.–13. November 1918, beleuchtet durch Dr. Jean Musy im Schweiz. Nationalrate am 10. Dezember 1918, Luzern 1919.

28 „In Zürich war dieses Mal eine ziemlich starke Anarchistengruppe mit drei schwarzen Fahnen dabei vertreten, mit den Inschriften: „Proletarier aller Länder, bewaffnet euch. Es lebe die Anarchie“ und „Weder Gott noch Vaterland“. Das ist klar genug gesprochen und so etwas müssten die andern Teilnehmer gar nicht gestatten.“ Carl Hilty in: *Politisches Jahrbuch*, Bd. XX, 1906, S. 589.

29 Bezeichnend dafür die Broschüre von Alfred Teobaldi, *Die Freie Jugend. Ein Wort über den Schweizer Jungsozialismus*, Olten² 1917.

Die bei den Jungburschen schon vor dem Kriege im wesentlichen ausgebildete politische Aktivität und Ideologie wurde erst während des Krieges zum dysfunktionalen Element in der schweizerischen Politik, obwohl sich der Gehalt kaum und die Formen nur wenig veränderten. Durch die äussern Ereignisse wurde der Antimilitarismus zu einem brisanten Politikum und erhielt für die Jungburschen ein bedeutend grösseres moralisches Gewicht, weil die Auswüchse des Krieges selbst die bürgerlichen Schichten in ihren kulturellen Zielvorstellungen zu verunsichern vermochten.

Teile der Jugendorganisation³⁰ begannen entsprechend der Zunahme der sozialen Spannung die Rolle von Sozialrebellen zu übernehmen. Sie versuchten dabei immer mehr, die negative Rollenbewertung in ihrem Selbstverständnis umzufunktionieren. Sie sahen sich als Avantgarde der proletarischen Revolution in der Schweiz. Die Symptome der starken sozialen Devianz waren typisch für diese Gruppen: politischer Realitätsverlust, stark ausgebildete Gruppennormen, übersteigerte Interaktion und offensichtlich deviantes Verhalten (Provokation, Krawalle).³¹

Typisch für die soziale Krise war aber auch, dass die soziale Devianz dieser Jungburschen durch die etablierte Macht gefördert wurde. Übermässige Beachtung und unverhältnismässige Repression bestärkten das devante Selbstverständnis der Jugendlichen.³² Gleichzeitig wurde die gesamte SPS für die „illegalen“ Abweichungen einzelner Elemente verantwortlich gemacht. Die radikale politische Ideologie devianter Marginalgruppen wurde auf die gesamte Partei übertragen. Man schuf damit die psycho-politischen Voraussetzungen, um die sich als

30 Es handelte sich vor allem um einen Teil der Zürcher Jugendorganisation unter der Führung Jakob Herzogs. Die Biographie Hans Heinrich Itschners (1887–1964), der bis zu den Novemberkrawallen von 1917 der führende Kopf der Gruppe gewesen war, zeigt beispielhaft die Art der sozialen Devianz. Itschner, von Beruf Schriftsetzer, holte sich seine Bildung beim Arzt und Anarchisten Fritz Brupbacher, nachdem ein Versuch, an der Universität zugelassen zu werden, gescheitert war. Nach den Novemberkrawallen floh er nach Genf, dann nach Spanien und Frankreich und landete schliesslich in Schanghai. In den dreissiger und vierziger Jahren betätigte er sich wieder in verschiedenen sozialistischen Randgruppen, schrieb dann aber auch für den „Schweizer Jungbauer“. Brupbacher beschreibt Itschner als „geborenen Revolutionär“, als Mensch, „dem es in seiner Haut nicht wohl war, ein kompletter physiologischer und soziologischer Revolutionär“. Fritz Brupbacher, *Zürich während Krieg und Landesstreik*, Zürich 1928, S. 77. Vgl. auch H. U. Jost, *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918*, Bern, 1973.

31 Die Gruppe Herzog, auch Forderungsleute genannt, war meistverantwortlich für die Novemberkrawalle 1917 in Zürich. Ihre übersteigerte, aber realitätsfremde Aktivität schildert Fritz Brupbacher: „Man hätte gedacht, es wären nicht ihrer 10 oder 20, sondern tausend auf dem Platz Zürich. Wo drei Menschen zusammenkamen, war auch ein ‚Forderungsmann‘. Sogar im eigenen Bett war man von ihnen nicht sicher.“ Brupbacher, *op. cit.*, S. 77.

32 General Wille bezichtigte in einem Atemzug die Jungburschen *und* die sozialdemokratische Partei, „verbrecherische Absichten“ zu haben. Brief Willes an den Kdt. der 5. Division, 27. April 1917, Bundesarchiv LGS Bd. 5, Vgl. auch: Willi Gautschi, *Dokumente zum Landesstreik 1918*, Zürich 1971, S. 90f., 93ff. Die Forderungsleute bezeichneten dagegen das Gefängis als „Hochschule des Proletariats“; eine typische Umpolung der Werte und Internalisierung der devianten Rollenzuschreibung.

möglich abzeichnende Machtverschiebung zu verhindern. Gleichzeitig erneuerte sich das durch Krieg und soziale Krise verunsicherte Selbstverständnis der Machtelite.

Diese Hinweise wären zu differenzieren, zu ergänzen und auch auf unsere Zeit auszudehnen. Darauf muss an dieser Stelle verzichtet werden. Hingegen ist noch einmal festzuhalten, dass der politisch devante Radikalismus nicht nur historisch als ideengeschichtliches Element erklärt werden darf, sondern dass er im Gesamtzusammenhang eines politischen Systems verstanden werden muss. Die Funktionen von sozialer Devianz und Stigmatisierung erscheinen dann nicht mehr als ideen- oder personengebundene *bewusste* Prozesse. Es kann wohl kaum angenommen werden, dass historische Persönlichkeiten ihre Handlungen auf Grund analysierter Funktionen im politischen System motivieren. Sie handeln nach vermeintlich persönlichen oder gruppenspezifischen Kriterien. Da aber das Individuum wie auch die Gruppe vom Gesamten der gesellschaftlichen Strukturen, Normen und Werten geprägt sind, können die Handlungen als Funktionen des entsprechenden analytischen Systems verstanden werden. Ob die Motivation der Handlung in ihrer Zeit eine bewusste oder unbewusste war, spielt für die Systemanalyse vorerst keine Rolle. Hingegen darf dabei nie vergessen werden, dass das System selber zur Hauptsache durch die herrschenden Machtverhältnisse bestimmt und geprägt ist.

